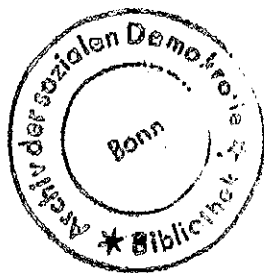




LEITSÄTZE
zum
**WIRTSCHAFTS
PROGRAMM**
der
**Sozialdemokratischen
Partei**



A 86-1208

Die Zeit ist heute reif, den Sozialismus zur Angelegenheit des ganzen Volkes zu machen. Eine sozialistische Bewegung, die das ganze Volk erfassen will, muß daher ein Programm für Arbeiter, Bauern, Handwerker, Angestellte, Gewerbetreibende und geistige Berufe entwickeln. Diese Schichten stehen in einem natürlichen Gegensatz zu jener kleinen aber mächtigen Ausbeuterschicht, die dank ihrem Klassenmonopol einen unverhältnismäßig großen Teil des gesellschaftlichen Reichtums an sich zu ziehen vermag und seit je jedem sozialen Aufsteig der breiten Massen entgegensteht. Sie ist zugleich der geschworene Feind der Demokratie, wissend, daß diese letzten Endes zum Arbeiterstaat und zur Vernichtung aller Klassenvorrechte führen muß.

Mit der Entwicklung vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus verliert der Kapitalismus seine automatische Selbststeuerung. Die industriellen Monopole zerreißen die Steuerkette und das Schiff der Wirtschaft treibt steuerlos einem unabsehbaren Schicksal im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit und der volkswirtschaftlichen Wertevernichtung entgegen. Das Wort von der Wirtschafts-anarchie wird im Monopolkapitalismus buchstäbliche Wirklichkeit.

Gleichzeitig ist ein bemerkenswerter Wandel im Verhältnis von Staat und Wirtschaft festzustellen. Allgemein läßt sich ein Gesetz zunehmender Staatstätigkeit beobachten. Nicht der Staat, wohl aber die Idee des Nachtwächterstaates und die Lehre vom absterbenden Staat sind in das historische Museum abgewandert. Der Spannungsrahmen der staatlichen Zuständigkeit erweitert sich ständig und der Staat gewinnt im gewaltigen Maße an Wirtschaftsschwere. Wirtschaftspolitik ist ein Teil der Regierungspolitik geworden. Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Staatspolitik rinnen ununterscheidbar ineinander. Der Staat ist die entscheidende Wirtschaftstatsache der Gegenwart und von der Kräfteverteilung im Staat hängt die Gestaltung der Wirtschaft grundlegend ab.

Der demokratische Staat muß dank der den breiten Massen in ihm zufallenden Macht in eine immer deutlicher herausstrebende Kampfstellung gegen die kapitalistische Wirtschaft getrieben werden, die immer abschließlicher von dem Profitstreben einer dünnen Kapitalistengruppe beherrscht wird. Damit wird der Staat aus einem Instrument der Unterdrückung zu einem Instrument sozialer Wirtschaftsgestaltung und allgemeiner Wohlfahrtsförderung. Zu der alten Kampffront Arbeit gegen Kapital tritt die neue: Demokratischer Staat gegen kapitalistische Wirtschaft, wobei für die Arbeiterschaft die größeren Erfolgchancen ohne Zweifel auf dieser neuen Front gegeben sind. So unerläßlich und bedeutsam der unmittelbar in der Sphäre der Wirtschaft geführte Kampf bleibt, heute siegt, wer die Gewichte des Staates in seiner Waagschale mit auswiegen kann. Der Weg der Wirtschaftseroberung führt über die zuvor erfolgte Eroberung des Staates.

Es gehört zum Inhalt marxistischen Denkens, daß nichts von der historischen Bühne verdrängt wird, was nicht zuvor seine wirtschaftlich-gesellschaftliche Bedeutung einbüßte. Auch Revolutionen können nur überständige Atrappen beseitigen, niemals erfüllte Wirklichkeiten. Der Beseitigung des kapitalistischen Unternehmertums und der kapitalistischen Eigentumsordnung muß daher vorangehen der Verlust der „ökonomischen Schwere“, ein Prozeß, der zum größten Teil bereits abgeschlossen, zum Teil im schnellen Fortschreiten begriffen ist. Die Wirtschaftsentwicklung im Übergang zum Spätkapitalismus ist gekennzeichnet durch ein Funktionsloswerden des Eigentums.

Das beginnt mit der Ablösung der Einzelunternehmung durch die gesellschaftliche Unternehmung und erlebt eine gewaltige Ausdehnung mit dem Aufkommen der Kartelle, Syndikate und Trustorganisationen im Monopolkapitalismus. Jetzt wird die einzelne Unternehmung unter Organisation gestellt und das Syndikatsbüro drückt die Betriebsleitung herab auf untergeordnete Auftragsführung, die nach den Befehlen der Zentralstelle des Kartells zu vollziehen ist und die weder hinsichtlich der Produktionsgestaltung noch hinsichtlich der Absatz- und Preisgestaltung freie Hand läßt. Vor allem aber löst sich im Zeichen der Aktiengesellschaft die Leistungsfunktion von der Besitzfunktion. Die Unternehmungsführung geht auf bezahlte, im Wege des Dienstvertrages herangezogene Organe über, auf

Direktoren und nachgeordnete Hilfskräfte, denen gegenüber der Eigentümer auf die sich zunehmende vergrößerten Funktionen der Ernennung und Kontrollausübung beschränkt bleibt. Fallen die Arbeits- und Leistungsfunktionen im Wege einer automatischen Selbstaufhebung geräuschlos vom Eigentum ab, so kann die Mehrwertbezugsfunktion natürlich nur durch einen von außen kommenden Akt abgelöst werden, weil sich damit das kapitalistische Eigentum selbst aufhebt. Es ist die historische Funktion des Kapitalismus das Eigentum bis an diese Schwelle heranzuführen. Die politische und juristische Ablösung des Eigentums zieht alsdann nur die letzte Konsequenz aus einem durch die kapitalistische Entwicklung geschaffenen Tatbestand.

Die schärfere Trennung von Verbrauchs- und Arbeitseigentum auf der einen Seite, von kapitalistischem Profit- und Verwertungseigentum auf der anderen Seite nimmt dem Gedanken der Eigentumsenteignung und Eigentumsvergesellschaftung ohnehin seine Schreckhaftigkeit, nachdem jeder weiß, daß weder der Hof des Bauers noch die Stätte des Handwerkers noch der Laden des kleinen Händlers bedroht sind. Nur auf das wirtschaftliche Großeigentum, das keine volkswirtschaftliche Nutzfunktion mehr erfüllt, wird die Sozialisierung die Hand legen. Das aber ist jener Großbesitz, der sich immer wieder jedem sozialen Aufstieg der breiten Massen entgegenstellt, so den notwendigen sozialen Ausgleich verhinderte und zuletzt, nur um die Stunde seiner Klassenchance nicht zu verpassen, Deutschland dem Nationalsozialismus und damit dem Verderb auslieferte. Dieser Großbesitz ist aber heute gleichzeitig das stärkste Hemmnis für künftigen wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Da er die Wirtschaft nicht um ihrer selbst willen, sondern allein zum Zwecke der Verwertung betreibt, verhindert er die Umwandlung der bestehenden Marktwirtschaft in eine nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten planmäßig ausgerichtete Versorgungswirtschaft. Die Verstaatlichung der Großindustrie, der Großfinanz und Aufseesung des Großgrundbesitzes sind aber auch notwendig, um der ökonomischen Ordnung des Staates ein sozialistisches Gepräge zu geben und um für alle Zukunft zu verhindern, daß ökonomische Macht in den Händen weniger Großkapitalisten zu politischer Macht wird. Die Entwicklung hat heute dazu geführt, daß der Bergbau, die Schwerindustrie, die Energiewirtschaft, das Verkehrswesen sowie die Versicherungs- und Bankwirtschaft sozialisierungs-

reif geworden sind. Daraus und aus den oben angeführten politischen Gesichtspunkten ergibt sich die Forderung auf Verstaatlichung dieser Wirtschaftszweige.

Aber auch in der übrigen Wirtschaft ist die Aufgabe gestellt, durch Schaffung einer vollkommeneren Produktionsordnung die kapitalistische Wirtschaftsnot zu überwinden. Mit der Preisgabe des Konkurrenzprinzips tritt an die Stelle der Selbststeuerung eine von oben gesteuerte Wirtschaftsführung, der jedoch die planmäßige Vereinheitlichung und die Ausrichtung auf das Gemeinwohl fehlt. Sie dient nicht wirtschaftlichen Gesamtinteressen, sondern der Überhöhung der normalen Profitrate um die dem schwächeren Abnehmer abgerungene Monopolrente. Um diese aus dem Monopolkapitalismus herausgewachsene Wirtschaftsführung im Sinn einer höheren, die Versorgungsbedürfnisse der Gesamtheit besser befriedigenden Wirtschaftsweise zu aktivieren, muß sie erst schrittweise auf den Dienst an der Volksgesamtheit umgestellt werden. Die hier einsetzenden Bestrebungen können unter dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie zusammengefaßt werden, deren Aufgabe darin besteht, diesen Prozeß in Fluß zu bringen, der mit der Sozialisierung und Überleitung in eine wirkliche, an den Versorgungsbedürfnissen der Gesamtheit ausgerichtete Planwirtschaft seinen Abschluß und seine Erfüllung findet. Wirtschaftsdemokratie ist nicht mehr reiner Kapitalismus und noch nicht sozialistische Wirtschaft, sie ist Zwischenland zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Vorstufe der Sozialisierung und ihr Wegbereiter.

Parallel mit dieser Entwicklung geht ein zunehmender Einfluß der Arbeiterorganisationen und eine Ausdehnung der staatlichen Wirtschaftslenkung und Wirtschaftskontrolle. Mit diesen Elementen sind die Bedingungen gegeben, aus deren Zusammenwirken Wirtschaftsdemokratie als möglicher und zugleich notwendiger Zustand der derzeitigen Wirtschaftsorganisation hervorst. Auf zwei Wegen hat man dabei zum Ziel vorzustoßen: Ausdehnung der staatlichen Kontrollfunktionen über die Wirtschaft und zum anderen Demokratisierung der die Wirtschaftsführung repräsentierenden Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Die Wirtschaftsdemokratie gibt dem Volk das Recht der Mitbestimmung in einer doppelten Weise zurück: Über den Staat auf Grund des allgemeinen

Wahlrechts, sodann über die Zugehörigkeit zu einer Organisation, die berufen ist, an der Wirtschaftsführung mitzuwirken. Indem die Arbeiterschaft die ihr zufallenden Machtpositionen ausbaut und den alten neue hinzugesellt, arbeitet sie an der Heraufführung der Wirtschaftsdemokratie. Ihre Aufgabe ist es, immer umfassender einzubrechen in alle monopolisierten Lebensbereiche, die Ausschließlichkeit ihrer Beherrschung durch die Kapitalmächte zu brechen, um sie auf das Gemeinwohl auszurichten.

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie ist eine Machtrage, eine Rechtsfrage und eine Bildungsfrage, die schwierigsten Probleme der Menschenauswahl und Menschenschulung einschließend. Es wird von der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen abhängen, ob sie der Rechtsordnung eine Gestaltung zu geben vermag, die den gesetzlichen Rahmen für die Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie zur Verfügung stellt. Es ist eine Frage ihrer Fähigkeit und ihres geistigen Niveaus, ob und wie weit sie diesen Rahmen mit lebendigem Leben zu erfüllen versteht.

Während so die Wirtschaftsdemokratie der Weg ist, kapitalistische Wirtschaftsformen umzuwandeln und brauchbar zu machen für eine künftige sozialistische Gestaltung der Wirtschaft, stellen Handwerk und Bauerntum Wirtschaftsformen dar, die aus vorkapitalistischer Zeit überkommen, eine Existenz jenseits der kapitalistischen Ausbeutungssphäre einnehmen. Handwerk und Bauerntum stellen vor- und nachkapitalistische Wirtschaftsformen dar, deren Weiterbestand mit der Tatsache einer sozialistischen Wirtschaft durchaus vereinbar ist. Ja, wie ein Hochwald Buschwerk und niederes Gehölz in einem bestimmten Umfang für die eigene Existenz voraussetzt, so bedarf auch die moderne Produktionswirtschaft in einem gewissen Ausmaß der der Klein- und Mittelbetriebe. Für die Sozialdemokratische Partei gilt daher durchaus der Artikel 164 der Weimarer Reichsverfassung, der dem Staat die Aufgabe stellt, den selbständigen gewerblichen Mittelstand in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überbelastung und Aufsaugung zu schützen. Diese Forderung darf allerdings nicht dahin verstanden werden, daß durch extreme Zwangsmaßnahmen und einseitige Gunstgewährung eine Stützungs politik getrieben wird, die zu Lasten der Allgemeinheit geht. Aber man soll für fachliche Bildungszwecke alle Mittel bereitstellen, denn Bildungs- und Genossenschaftswesen sind die beiden aussichtsreichsten Waffen des Handwerks. Über öffentliche

Krediterleichterung hinaus wird man den handwerklichen Genossenschaften Anleitung und fachmännischen Rat in allen betrieblichen und kaufmännischen Fragen geben, denn das Handwerk leidet häufig nicht so sehr unter seiner technischen Rückständigkeit als vor allem unter seiner kaufmännischen Hilflosigkeit.

Vor allem aber leiden Handel, Handwerk und Bauerntum unter dem Druck der durch die kapitalistische Ausbeutung erzwungenen Minderkonsumfähigkeit der breiten Massen, ebenso wie der Arbeiter selbst. Ein beiter Wohlfahrtsstrom wird auch die Fluren des Handwerks und der bäuerlichen Wirtschaften befruchten, wenn an die Stelle der kapitalistischen Unterkonsumtion infolge kapitalistischer Arbeiterausbeutung der sozialistische Reichtum getreten ist. Allzu gut haben es bisher Großbesitz und Reaktion verstanden, den Bauern und Handwerkern entgegen dem eigenen Klasseninteresse vor ihren Wagen zu spannen unter Mißbrauch nationaler Parolen oder sonstiger Firmierungen. Gerade hier ist eine starke und tiefeschürfende Aufklärung vonnöten, die diesen Schichten endlich die Augen öffnet und ihnen die wirklichen Kampfgefährten zeigt, die durch ihren Sieg auch diesen bäuerlichen und handwerklichen Schichten den Weg zum Wohlstand und zu gesicherter Existenz an Stelle der kapitalistischen Unsicherheit und Bedrohung eröffnen wird.

Mit der Darlegung der großen grundlegenden Programmpunkte sozialistischen Wirtschaftspolitik ist jedoch die Gesamtaufgabe noch keineswegs gelöst. Das wirtschaftliche Chaos, das die verfehlte und verbrecherische Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches zurückgelassen hat, macht eine Reihe von wirtschaftlichen Sofortmaßnahmen notwendig, wenn wir überhaupt unsere nackte Existenz durch die nächsten Jahre hindurch retten wollen. Erforderlich ist ein wirtschaftliches politisches Gesamtprogramm mit dem Ziele der Wiederbelebung der produktiven Kräfte in der deutschen Volkswirtschaft, der Herstellung eines erträglichen Versorgungsstandes und ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten. Hierbei ist davon auszugehen, daß die Gesundung der Volkswirtschaft und der Wiederaufbau nicht in erster Linie von der Geld- und Finanzpolitik, sondern von der Meisterung der produktionspolitischen Aufgaben abhängen. Insbesondere müssen die bekannten Engpässe in der Rohproduktion (Kohle), in der Energieversor-

gung und im Verkehrswesen überwunden werden. Aber das ist nur möglich, wenn die Sachlieferungen an das Ausland wenigstens zeitweilig zurückgeschraubt und gewisse unentbehrliche Mindesteinfuhren aus dem Ausland Deutschland gegen erträgliche Exportleistungen zugestanden werden. Das aber setzt den Wiederaufbau der deutschen Schwerindustrie voraus, die bei der von der Sozialdemokratischen Partei geforderte Änderung der Wirtschaftsverfassung künftig nicht mehr ein gefährlicher Hort der Reaktion und Kriegsbedrohung sein wird, sondern unter sozialistischer Kontrolle wirtschaftliche Friedensaufgaben erfüllen wird. Um die Vollbeschäftigung zu erreichen, wird es notwendig sein, daß die deutschen Arbeiter möglichst bald als Lohnverdiener ihre Angehörigen selbst ernähren, also nicht als Kriegsgefangene beschäftigt werden.

Ohne Planung ist der Wiederaufbau der Wirtschaft unmöglich. Daher muß das kapitalistische zugunsten des sozialistischen Regulativprinzips aufgegeben werden. Es gilt hierbei eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die sich nicht scheut, Wirtschaftsunternehmen, die für den Wiederaufbau und die Versorgung der Bevölkerung mit den unerläßlichen Bedarfsgütern unwesentlich sind, stillzulegen und aus dem Wirtschaftsprozeß auszuschalten. Nur solchen Betrieben werden die verfügbaren Arbeitskräfte, die erforderlichen Roh- und Hilfstoffe sowie Verkehrsmittel und nicht zuletzt die benötigten Kredite zugeteilt, die lebenswichtige Versorgungsfunktionen erfüllen. Ohne eine solche sozialistische Gesamtsteuerung nach einem festen Wirtschaftsplan sind eine wirkliche Gesundung und ein Wiederaufstieg nicht zu erwarten. Innerhalb der nächsten Jahre werden notwendig die Fesseln der Wirtschaft eher enger angezogen als gelockert werden. Aber das ist die Voraussetzung, um dann nach dieser Frist die Rationierung der Nahrungsmittel und der Kleider erträglicher zu gestalten oder überhaupt aufzugeben, die Freizügigkeit der Arbeit wiederherzustellen und eine menschenwürdigere Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen und vor allem die Wohnungsfrage einer befriedigenden Lösung näher zu bringen. Gleichzeitig wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, eine ausreichende soziale Fürsorge für die Opfer des Terrors, des Krieges und der Arbeit ins Leben zu rufen.

Neben den produktionspolitischen Aufgaben gilt es die Lösung schwieriger finanzpolitischer Probleme. Die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der



letzten zwölf Jahre hat uns eine Reichschuld und einen Geldumlauf hinterlassen, die nur in astronomischen Zahlenbegriffen ausdrückbar erscheinen. Es ist das Ergebnis jener scheinbaren Wirtschaftsblüte der Nazizeit, daß trotz äußerlicher Belebung der Wirtschaft tatsächlich der mögliche Überschuß der deutschen Volkswirtschaft auf Jahrzehnte hinaus unproduktiv verbraucht ist. In der Höhe der öffentlichen Verschuldung und des Banknotenumlaufs liegt eine akute Gefahr für unsere Währung. Die Sozialdemokratie lehnt den manchen Kreisen vielleicht bequem erscheinenden Weg einer Inflation grundsätzlich ab, ist dieser doch für die breiten Massen des Volkes der Schrecken aller Schrecken, der auch den letzten verbliebenen Rest einstigen Wohlstands zerstören und nur ein schmutziges Schiebertum begünstigen würde. Da nun die vom dritten Reich eingegangenen öffentlichen Verbindlichkeiten (Reichsanleihen und Reichsschatzanweisung) infolge der Zerstörung aller wirtschaftlichen Werte in Deutschland keine Deckung mehr besitzen, müssen Zinszahlung und Einnöschung fälliger Titel bis auf weiteres ausgesetzt werden. Es wird eine spätere Regelung erstrebt, die von den künftigen Belastungen durch die Besatzungsmächte, von dem Erfolg der Wirtschaftsanierung und von dem Arbeitswillen der Bevölkerung abhängen wird. Sie muß eine individuelle unter weitgehender Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte erfolgende Regelung sein. Unberücksichtigt bleibt der Reichsanleihebesitz der aktiven Nationalsozialisten und ihrer reaktionärer Hintermänner, der Kraut- und Schlotbarone (Harzburger Front). Bekanntlich stellt das Gebiet des Geldwesens stets einen beliebigen Tummelplatz für alle Leute mit Patentlösungen dar, die meist umso anspruchsvoller auftreten, je weniger sie von Sachkenntnis getrübt sind.

Die Sozialdemokratie lehnt Experimente auf diesem Gebiet ab. Sie sieht im Steuersystem das Mittel, um den gegenwärtig bedrohend hohen Notenumlauf auf eine wirtschaftlich tragbare Höhe zu senken. Der aus falscher Großmannssucht unterlassene Anschluß an die von Amerika ausgegangene Währungsabwertung des Jahres 1931 muß nachgeholt werden, d.h. der Dollar auf seinen alten Stand von 4.20 RM herabgesetzt werden. Der Anschluß an die Abwertung des Dollars wird gleichzeitig den künftigen Anschluß an die Weltwirtschaft erleichtern.

Soweit über die von der Militär-Regierung beschlagnahmten und eingezogenen Vermögenswerte öffentlicher und privater Unternehmungen und

aktiver Nationalsozialisten nicht anderweitig bestimmt wird, sollen diese Werte vom Staat für die Aufrechterhaltung der vertraglichen Ansprüche aus der Sozialversicherung und zur Versorgung der Kriegsversehrten verwandt werden. Zur Erfassung der Kriegsgewinne wird eine Vermögenszuwachssteuer vorgeschlagen. Letztere umfaßt den gesamten Vermögenszuwachs seit 1933 unter Aufhebung aller bisherigen dem Großgrundbesitz, den Autarkieindustrien usw. gewährten Privilegien. Der Satz dieser Steuer, die vorzugsweise die Partei- und Kriegsgewinnler treffen soll, muß konfiskatorisch sein. Für alle Vermögen von über RM 20 000.— wird eine Vermögensabgabe in Höhe von 50 Prozent vorgeschlagen. Mit einer weiteren Sondersteuer sind alle diejenigen Unternehmungen und Personen zu belegen, die das Glück gehabt haben, in den vergangenen Jahren von Kriegsschäden verschont geblieben zu sein.

Die Entschädigungssummen für Kriegsschäden werden sofort endgültig festgesetzt. In Höhe dieser Entschädigungssumme werden auf den Namen lautende, nicht übertragbare zinslose Zertifikate ausgestellt, die die Staatskasse nicht weiter belasten, jedoch bei Begleichung der Vermögenszuwachssteuer und der Vermögensabgabe in Zahlung.

Zur Durchführung der geplanten Maßnahmen und zur Sanierung der Wirtschaft kann auf ein leistungsfähiges Bankwesen nicht verzichtet werden. Ohne die Hilfe der Reichsbank werden jedoch die Banken nicht in der Lage sein, den an sie gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Da die Zinszahlungen bei den Reichsschulden ausgesetzt und Kriegsschäden ebenfalls ohne Auszahlung reguliert werden, ist mit einer weitgehenden Illiquidität zu rechnen. Andererseits häufen sich zu gleicher Zeit die finanziellen Bedürfnisse für die Neuerrichtung von Anlagen, für die Umstellung der Betriebe auf Friedensproduktion, die Wiederauffüllung der Vorratslager, Erneuerung und Ergänzung der Anlagen usw. Der dadurch entstehende sehr hohe Kreditbedarf kann nur auf dem Wege produktiver Kreditschöpfung über die Banken gedeckt werden. Um inflationistische Auswirkung unter allen Umständen zu vermeiden, muß bei der Auswahl der Kreditsuchenden und bei der Höhe der Laufzeit der gewährten Kredite der strengste wirtschaftliche Maßstab angelegt werden.

Der Gedanke der Arbeit steht im Mittelpunkt des sozialistischen Lebens und daher auch im Zentrum unserer Wirtschaftsforderungen. Die staatliche

Organisation muß Mittel und Wege finden, um jedem Arbeit zukommen zu lassen, denn das Recht auf Arbeit ist das Grundrecht sozialistischer Wirtschaftsverfassung, gleichbedeutend mit dem Recht auf Dasein. Allerdings entspricht dem Recht auf Arbeit die Pflicht zur Arbeit. Wirtschaft ist die große Umschlagstelle, wo die Arbeit des Volkes zu seiner Versorgung wird. Arbeitslose sind immer ungenutzter Volksreichtum, Ausdruck einer Fehlorganisation. Wo keine Arbeit in die Wirtschaft gepumpt wird, kann kein Reichtum herauskommen. Arbeitsmöglichkeiten schaffen ist besser als Renten austeilen. Eine Staatsführung, die diese ihre Pflicht aus dem Auge lassen würde, handelt ohne soziales Verantwortungsbewußtsein. Ein riesenhafter Bedarf ist vorhanden, ebenso stehen Rohstoffe und Arbeitskräfte zur Verfügung. Das muß zu einander gebracht werden, aber der Kapitalismus vermag das Problem einer solchen Zusammenführung nicht mehr zu lösen. So ist daran festzuhalten, daß es sich bei der Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus nicht primär handelt um eine andere und gerechtere Verteilung des heutigen Einkommenetrages, sondern um eine vollkommenere Produktionsordnung von wesentlich erhöhtem Leistungsertrag. Es gilt nicht, die kapitalistische Armut in anderer Weise aufzuteilen, es gilt zuvor, den Reichtum der sozialistischen Gesellschaft zu organisieren.